

**Anfrage der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Freie Wähler vom 19.01.2011 zum Haushaltsplanentwurf 2011**

Personalkosten

14. Feb. 2011

EINGEGANGEN

**Generelle Vorbemerkung:**

Bis zum Redaktionsschluss der Entwurfsaufstellung 2011 lagen die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2009 noch nicht vor. Bei den in der Spalte „Ergebnis 2009“ ausgewiesenen Beträgen handelt es sich insofern um vorläufige Zahlen, die auf jeden Fall noch Korrekturen erfahren werden (siehe auch Beratungsunterlagen Band 1, Seite 18)

Noch nicht abgeschlossen war zu diesem Zeitpunkt z. B. die Verteilung von Kostenstellen auf die einzelnen Produktgruppen des Haushaltes, so dass dort nur die Personalaufwendungen für die zu 100% zu dieser Produktgruppe zuzuordnenden Mitarbeiter ausgewiesen sind.

Beispiel: Hat ein Fachbereich zwei Produktgruppen, so sind die Personalaufwendungen des Fachbereichsleiters und des Vorzimmers noch nicht verteilt.

**Dieser Hinweis zur Kostenstellenverteilung gilt nicht nur für die Personalaufwendungen sondern auch für alle anderen Aufwendungen der Ergebnisspalte 2009.**

Produktbereich 02, S. 27: Hier sind seit 2010 hohe Defizite zu verzeichnen, wie kommt es zur drastischen Personalkosten- und Sachkostenerhöhung?

Zunächst wird auf die oben stehende „generelle Vorbemerkung“ verwiesen. Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die gesamten ordentlichen Aufwendungen des Produktbereiches 02 liegt bei rd. 28,2 Mio €.

Die gleichen Fragen gelten für den Produktbereich 03, Schulträgeraufgaben.

Zunächst wird auf die oben stehende „generelle Vorbemerkung“ verwiesen. Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die gesamten ordentlichen Aufwendungen des Produktbereiches 03 liegt bei rd. 17,7 Mio € (Steigerungen in den Folgejahren u. a. durch die Ausweitung der Ganztagsbetreuung).

Personalaufwand (S. 21, Zeile 11 und 12): Woher kommt der Anstieg des Personalaufwands in 2010 um € 11,2 Mio. (Band 2, S. 33). Erbitten Aufklärung über die Entwicklung der in der Produktgruppe 0111 dargestellten Versorgungsaufwendungen im Zeitraum 2009 bis 2011 (S.80) (vgl. Frage 1).

Der Anstieg ist bedingt durch die Aktualisierung der Berechnung der Rückstellungen für die Beamten (z. B. für Pensionen, Beihilfen u. a.). Diese Beträge ergeben sich kraft Gesetzes und sind insofern so gut wie nicht beeinflussbar.

Warum weicht der im Ergebnisplan für 2009 ausgewiesene Personalaufwand (€ 120,9 Mio.) von dem im Band 2 auf Seite 33 ausgewiesenen Aufwand (€ 99,5 Mio.) ab.

**Die Grafik in Band 2, Seite 33 weist für 2009 noch den Haushaltsansatz aus, da zum Zeitpunkt der Erstellung des Vorberichtes das Ergebnis 2009 noch nicht vorlag.**

Wieso habe sich die Aufwendungen für Rechnungsprüfung und Beratung (PG 0125, S.100) im Zeitraum 2009 bis 2011 verdoppelt?

**Nach dem mittlerweile vorliegenden tatsächlichen Jahresergebnis 2009 belaufen sich die ordentlichen Aufwendungen der Produktgruppe 0125 auf 1.403.849,43 €. Insofern kann aus den Planzahlen 2010 und 2011 geschlossen werden, dass rückläufige Aufwendungen erwartet werden.**

In der PG 0180 „Beteiligungsmanagement“ haben sich die Aufwendungen seit 2009 verdreifacht! Warum?

**Nach dem mittlerweile vorliegenden tatsächlichen Jahresergebnis 2009 belaufen sich die ordentlichen Aufwendungen der Produktgruppe 0180 auf 541.051,94 €. An dieser Stelle der Hinweis, dass die neue Aufgabe der Erstellung eines Gesamtabchlusses dieser Abteilung zugeordnet wurde.**

Warum haben sich die Aufwendungen in der PG 0131 (S.163) „Zentrale Dienste“ seit 2009 verdreifacht?

**Zunächst der Hinweis auf die „generelle Vorbemerkung“. Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis der Aufwendungen für die Produktgruppe 0131 beträgt 398.177,69 €.**

**Des Weiteren ist folgendes zu berücksichtigen:**

**Die Stadt Leverkusen bedient sich seit dem 03.09.2007 des Telefonservice der Stadt Köln auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.**

**Mit dieser Vereinbarung wurden Leistungsstufen definiert:**

- **In der ersten Phase der Zusammenarbeit übernahm das Call -Center die Aufgabe, wie bisher externe Anrufer zu vermitteln und – falls gewünscht – Telefonnummern herauszugeben, punktuell ergänzt durch Informationen, wie Öffnungszeiten, Adressen oder mitzubringende Unterlagen.**
- **In einer zweiten Phase sollen häufig wiederkehrende Anfragen zu vorher festgelegten Themenbereichen, selbstständig beantwortet werden – unterstützt von einem Wissensmanagementsystem.**
- **In Phase 3 soll die selbstständige Bearbeitung solcher Anfragen für das gesamte Produktportfolio der Stadtverwaltung gewährleistet sein.**

- Auf der Basis besonderer Zugriffsberechtigungen zu Leverkusener DV-Verfahren sollen in Phase 4 von den Call-Center-Mitarbeitern Onlinedienste angeboten werden.

Im Gegensatz zur Stufe 1, für die jährlicher Pauschalbetrag von der Stadt Köln in Rechnung gestellt wurde, ist für die lfd. Kosten innerhalb der Stufe 2 die Abrechnung auf der Basis von Produktivminuten vereinbart.

Wurden anfangs die anfallenden Personal-, Sach- und Gemeinkosten mit einem Erstattungsbetrag von 1,18 € je Produktivminute (Telefonie zuzüglich Nacharbeit) sekundengenau abgerechnet, erfolgt nunmehr ab 01.05.2010 die Abrechnung der Produktivminuten mit einem Erstattungsbetrag von 1,37 €.

Zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen für 2011 lagen keine belastbaren Aussagen für die Entwicklung der Produktivminuten vor.

Vor diesem Hintergrund und insbesondere der Fortentwicklung der Phase 2 auf den gesamten Bereich der Stadtverwaltung hat der Fachbereich die damit verbundenen Aufwendungen geschätzt.

Nach den vorliegenden (sekundengenauen) Abrechnungen der Stadt Köln kann jetzt von ca. 16.000 Produktivminuten monatlich ausgegangen werden.

Dies entspricht auf das Jahr hochgerechnet einer Gesamtsumme von ca. 265.000 €.

Hinzu kommen ca. 10.000 € für die technische Anbindung durch die IVL sowie ca. 5.000 € für die Beteiligung am Pilotprojekt D115 (Bundeseinheitliche Behörden-Nummer).

Anzumerken ist, dass die Bezirksregierung seit Beginn der Kooperation immer in die Überlegungen einbezogen wurde und jeweils ihre Zustimmung sowohl zum Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung als auch zur Teilnahme am Pilotprojekt D115 erteilt hat.

### **Sonstiges**

Warum geht Lohn- und Einkommensteuer in 2011 gegenüber 2010 um € 3,1 Mio. zurück, obwohl von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auszugehen ist?

Mit der 2. Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2011 (für die Finanzausschussberatung am 14.02.2011) wird auf der Basis aktueller Steuerschätzungen der Ansatz für den Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer um 8.917.000 € aufgestockt auf nunmehr insgesamt 57.625.000 €.

Warum steigt der Umsatzsteueranteil nur um 2% bei wesentlich verbesserter wirtschaftlicher Lage?

Die Fortschreibung des Ansatzes für den Umsatzsteueranteil erfolgte auf der Grundlage der Orientierungsdaten des Landes für die kommunale Finanzplanung.

Warum gehen die bilanziellen Abschreibungen um € 2 Mio. gegenüber 2010 zurück?

**Nach heutigen Erkenntnissen aus den Jahresergebnissen ist eine Ansatzreduzierung für 2011 auf 33 Mio. € sachgerecht.**

Wann erhalten wir die versprochene Überleitung vom HSK auf den Plan 2011?

**In Band 2 der Beratungsunterlagen ist auf den Seiten 43 bis 50 das HSK enthalten. Bei den Maßnahmen, die den städtischen Haushalt betreffen, ist eine zusätzliche Spalte angefügt aus der zu entnehmen ist, welche Maßnahme „im HPL 2011 enthalten“ ist und welche Maßnahmen als so genannte „Zielvorgabe“ noch nicht in den Haushalt eingearbeitet werden konnte.**

**Eine Darstellung des Detaillierungsgrades bis auf Sachkostenebene würde in vielen Fällen den Umfang dieser Stellungnahme sprengen und müsste – falls dies gewünscht wird – konkret vor Ort im SAP-System gezeigt werden.**

#### **Behindertenarbeitsplätze**

Wie viele Behindertenarbeitsplätze (Anzahl, nicht nur prozentual) hat die Stadt, wie viele strebt sie als Zielvorgabe für die Zukunft an?

**Die Anzahl der schwerbehinderten Mitarbeiter betrug 2010 (Stand 12/2010) 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das entspricht einer Schwerbehindertenquote von 6,73 %.**

**Zielvorgabe ist es, regelmäßig mindestens 5 % zu erreichen, da ansonsten eine Ausgleichsabgabe zu leisten wäre.**

#### **Gleichstellung von Mann und Frau**

Ratsbeschluss vom 16.2.09: als Zielvorgabe ist aufzunehmen: 10% der Führungspositionen werden von Frauen besetzt.

Ist nicht als Ziel formuliert.

**Diese Kennzahl wird künftig beim Fachbereich 11, Personalmanagement, Produktgruppe 0140, geführt.**

Produktgruppe 0115 – Gleichstellung: (S.76) – Warum sind die Kosten für Personal und Sachleistung seit 2010 so drastisch gestiegen?

**Auf die „generelle Vorbemerkung“ wird verwiesen.**

**Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die gesamten ordentlichen Aufwendungen (Personal- und Sachaufwendungen) der Produktgruppe 0115 beträgt 268.312,92 €.**

## **Organisationsangelegenheiten**

Produktgruppe 0150 – Organisationsangelegenheiten (S.83) – Hier sind die Sachleistungen seit 2010 drastisch gestiegen, warum?

Bei diesen Sachleistungen handelt es sich um kleinere externe Organisationsberatungen, aber auch um Kosten für die Teilnahme an Vergleichsringen der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle).

2010 wurde ein Großteil der Mittel für Optimierungen im Rahmen der NKF-Einführung (Neues Kommunales Finanzmanagement) eingesetzt.

Für 2011 ist neben der weiteren Vergleichsringarbeit die Umsetzung des Stadtzieles "Geschäftsprozessoptimierung Beschaffungswesen" geplant.

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die gesamten ordentlichen Aufwendungen der Produktgruppe 0150 liegt bei 584.238 €.

### **Jobticket**

Wieso sinkt der Kostendeckungsgrad beim Jobticket von 99 auf 80%?  
Was macht das in Haushaltssummen aus?

Die Änderung des Kostendeckungsgrades beruht nicht auf Veränderungen der haushaltsmäßigen Einnahmen und Ausgaben, sondern auf einer veränderten Betrachtungsweise der Kostendeckung.

Bei dem Wert von 99% wurden Kosten in die Jobticketbilanz eingerechnet, die entstehen würden, wenn die Stadt bei Wegfall des Jobtickets einen erhöhten Verlustausgleich der KWS zu tragen hätte.

Nunmehr liegen der Bemessung des Kostendeckungsgrades nur noch die tatsächlichen Erträge und Aufwendungen aus Ein- und Verkauf des Jobtickets sowie aus der Vermietung von Parkplätzen zugrunde.

Die Haushaltssummen sind im Wesentlichen unverändert. Schwankungen ergeben sich lediglich durch die jährlichen Preiserhöhungen der KWS, die in gleicher Höhe an die Jobticket-Nutzer/innen weitergegeben und die Einnahmen damit angepasst werden.

### **Lebensmittelüberwachung**

Wie viele Mitarbeiter sind in Leverkusen im Außendienst tätig und nehmen Proben?

Wie ist der starke Anstieg von 25% Beanstandungen auf 70% Beanstandungen zu erklären?

Wie viele Buß/Ordnungsgelder wurden verhängt? Wie viele Betriebe mussten geschlossen werden?

1) 5 Lebensmittelkontrolleure sind in der LMÜ im Außendienst im Einsatz, dazu eine wissenschaftl. Sachverständige, die ebenfalls Proben ziehen kann.

2) Der Anstieg der Beanstandungen resultiert aus einem Übermittlungsfehler. Vielmehr ist die Zahl der Beanstandungen im Bereich LMÜ in den letzten Jahren mit ca. 30 % relativ konstant.

3) Im vergangenen Jahr wurden 9 Bußgeldverfahren eingeleitet. 2010 wurden dauerhaft keine Betriebe geschlossen, es handelt sich ab und an um stundenweise Schließungen, um den Gewerbetreibenden Gelegenheit zur Reinigung des Betriebes zu geben. Im gleichen Jahr wurden insgesamt 183 gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt.

### **Wochenmärkte**

Wie ist die Kostendeckung im Moment?

Wir bitten um Gegenüberstellung Einnahmen und Ausgaben für die Stadt.

Sowohl die Bußgeldstelle als auch die Wochenmärkte, Produktgruppe 0210 und 1510 (S.126 und 127) sind weiterhin hoch defizitär. Wie kommt das und warum haben gerade die Wochenmärkte jährlich so hohe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Für den Bereich der Wochenmärkte erfolgt neben der haushaltsmäßigen Darstellung auf Produktgruppenebene (Teilergebnisplan) ein gesonderter Betriebsabschluss, der auf der Basis des Jahresabschlusses (Teilergebnisrechnung) Ein- und Ausgliederungen von gebührenrelevanten Kosten enthält. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass nicht alle im Teilergebnisplan der Produktgruppe Wochenmärkte veranschlagten Aufwendungen auch in die Gebührenbedarfsberechnung nach Kommunalabgabengesetz einbezogen werden können. Insbesondere die in den „internen Leistungsverrechnungen (Zeile 28 des Teilergebnisplanes) enthaltenen „Overheadkosten“ sind nahezu vollständig auszugliedern. Folgende Kostendeckungsgrade wurden nach den Betriebsabschlüssen der vergangenen Jahre erzielt:

2003	=	114,82 %
2004	=	110,65 %
2005	=	122,38 %
2006	=	107,66 %
2007	=	86,48 %

Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2007 = rd. 102,4 %.

Nachdem der Jahresabschluss 2009 vorliegt, beabsichtigt die Verwaltung auf dieser Basis einen neuen Betriebsabschluss für die Wochenmärkte zu erstellen, um den aktuellen Kostendeckungsgrad darzustellen.

An dieser Stelle sei aber auch erwähnt, dass für die Wochenmärkte in Leverkusen kein Anschluss- und Benutzerzwang besteht und damit kein Automatismus, dass sämtliche Kosten in Form von Gebührensteigerungen weitergereicht werden können. Die Stadt steht in Konkurrenz zu umliegenden Märkten, mit der möglichen Folge, dass höhere Gebührensätze sich am Markt nicht durchsetzen und deshalb Kostendeckungsgrade trotz Gebührenerhöhungen sich weiter verringern werden.

## **Personenstands-, Pass- und Ausweisangelegenheiten**

Wie ist die Wartezeit im Moment bei der Personal/Passstelle?

Belastbare Aussagen über aktuelle, durchschnittliche Wartezeiten sind derzeit leider nicht möglich. U. a. aus Kostengründen wurde bislang auf ein Auswertungs-/Statistikmodul im Verfahren zur Steuerung der Besucherströme verzichtet. Insofern kann aktuell nur auf allgemeine Erfahrungswerte zurückgegriffen werden, wenn die obige Frage nicht unbeantwortet bleiben soll.

Die individuelle Wartezeit wird maßgeblich bestimmt durch die jeweilige „Besuchszeit“. Vormittags ab ca. 10.30 Uhr und dienstags ab 14.30 Uhr, bzw. donnerstags ab 16.30 Uhr bauen sich regelmäßig größere Warteschlangen durch höhere Besucherzahlen auf. Wartezeiten zwischen 30 und 60 Minuten sind dann keine Seltenheit. Besucher außerhalb dieser Zeiten warten in der Regel hingegen nur kurz.

Festzustellen bleibt jedoch, dass die Einführung neuer Personalausweise in der Praxis zu deutlich erhöhten Bearbeitungszeiten geführt hat. Dies gilt sowohl für

- die Antragsbearbeitung, als auch
- das Ausgabeverfahren.

Neben diesen im unmittelbaren Publikumskontakt anfallenden Tätigkeiten sind im Rahmen der

- Auftragsabwicklung und
- Bearbeitung der Lieferungen

ebenfalls deutlich höhere Zeitaufwände gegenüber den Altverfahren zu verzeichnen.

Feststellbar ist, dass sich seit Anfang 2011, d. h. seit neben dem Antragsverfahren für den neuen Personalausweis auch das Ausgabeverfahren (erst nach Lieferung durch die Bundesdruckerei angefallen) einsetzte, Wartezeiten bis zu 60 Minuten in der Spitze durchaus zu verzeichnen sind.

Der Fachbereich sah sich so bisher an drei Donnerstagen gezwungen bereits 30 Minuten vor dem eigentlichen Ende der Öffnungszeiten (18.00 Uhr) die Türen zu schließen. Die Mitarbeiter der Meldestelle verließen schließlich dennoch erst mit einer teilweise erheblichen Verspätung (bis zu 90 Minuten) ihre Büros.

Die Verwaltung sieht sich damit u. a. bestätigt in der erfolgten Schließung der Meldestelle Goetheplatz in Lev.-Opladen. Nur durch Bündelung der vorhandenen Personalressourcen war und ist es überhaupt noch möglich den Mindest-Service anbieten zu können, wenn dieses Angebot auch mit durchschnittlich längeren Wartezeiten verbunden ist.

Wie soll sich die Wartezeit im Durchschnitt entwickeln?

Wesentliche Veränderungen gegenüber der o. a. geschilderten Situation sind mit dem aktuellen Personalbestand und unverändertem Besucheraufkommen und Besuchszeiten kaum zu erwarten.

Bei krankheits- und / oder urlaubsbedingten Personalengpässen könnte sich die Wartezeit-Situation zeitweise jedoch noch weiter verschärfen.

Inwieweit durch kleinere, geplante organisatorische Maßnahmen teilweise eine Entschärfung dieser Situation erwartet werden darf bleibt abzuwarten.

Produktgruppe 0260 und 0926 (S.140/141): Warum steigen die Defizite in den Ergebnissen in diesem Bereich beim Chemischen Untersuchungsinstitut so stark an?

Unter Hinweis auf die „generelle Vorbemerkung“ nachfolgend die tatsächlichen Jahresergebnisse 2009 (Zeile 29) der genannten Produktgruppen:

0260 (Ordnungsangelegenheiten)	-984.716,32 €
0926 (Städt. Entwicklungsmaßnahmen FB 32)	-174.818,77 €

Hinweis: Es handelt sich hierbei nicht um Produktgruppen des Chemischen Untersuchungsinstitutes. Dieses war (bis 2010) Teil des Fachbereiches 32 und taucht deshalb in den Überschriftzeilen der Seiten 140 ff mit auf.

Produktgruppe 0250, Wahlen, S. 166: Warum sind die Defizite in Nicht-Wahljahren, sprich 2011ff so hoch kalkuliert? Warum fallen in der PG 0250 „Wahlen“ in Jahren ohne Wahlen überhaupt Kosten an?

Um permanente jährliche Schwankungen der Produktgruppe „Wahlen“ (und damit auch der weiteren dem Fachbereich 33 zugeordneten Produktgruppen) zu vermeiden, wurde der Zuschnitt dieser Produktgruppe so gewählt, dass jährlich ein Mittelwert an stattfindenden Wahlen angesetzt wurde (z. B. 1/5 Landtagswahl pro Jahr, da Landtagswahlen normalerweise in einem Turnus von 5 Jahren stattfinden). Mithin erfolgt ein Ausweis von Aufwendungen auch in Jahren, in denen voraussichtlich keine Wahl stattfinden wird; im Umkehrschluss bedeutet dies natürlich auch, dass der Aufwand in Superwahljahren unverändert dargestellt wird. Die Entscheidung für diese Verfahrensweise verhindert, dass das ohnehin schon komplexe gesamtstädtische Verteilungs- und Umlagesystem zusätzlich aufgeweitet wird.

#### **Straßenverkehr**

Im Teilergebnisplan „Zentrale Bußgeldstelle (Bd. 1 – Seite 126) Produktgruppe 0210“ wird für das Jahr 2009 ein positives Ergebnis von Mio.€ 1,584 ausgeworfen. Warum wird ab 2010 und Folgejahre jetzt mit negativen Ergebnissen geplant? (2010 - -540.038€, 2011 - -195.539€, usw. usw.)

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2009 beläuft sich für die Produktgruppe 0210 „Zentrale Bußgeldstelle“ auf - 1.058.033,13 €. Dem stand eine (fortgeschriebene) Haushaltsplanung dieser Produktgruppe in Höhe von -270.517 € gegenüber. Im Vergleich aller Planungsjahre

Jahr	(fortgeschriebener) Plan
2008	- 316.046 €
2009	- 270.517 €
2010	- 540.038 €
2011	- 195.539 €
2012	- 198.218 €

2013 - 206.765 €  
2014 - 217.277 €

weist die Produktgruppe eine kontinuierliche Struktur von „Minusbeträgen“ aus.

Die Produktgruppe „Zentrale Bußgeldstelle“ beinhaltet die gleichnamige Organisationseinheit im Fachbereich 30. Hier werden nicht nur die Bußgelder des Fachbereiches 30, sondern auch sämtliche Bußgelder, die dem Fachbereich 36 im Rahmen der Verkehrsüberwachung (ruhender und fließender Verkehr) zuzuordnen wären, vereinnahmt (siehe Ergebnisplan Zeile 07 „Sonstige ordentliche Erträge“). Die Produktgruppe 0230 „Verkehrsrecht“ des Fachbereichs 36 weist an dieser Stelle keine Planansätze aus. Es besteht daher eine Vereinbarung zwischen den Fachbereichen 30 und 36, wonach der Fachbereich 30 dem Fachbereich 36 die Erträge aus Bußgeldern nach Abzug des Aufwandes für die in der Zentralen Bußgeldstelle geleistete Arbeit erstattet.

Dieser Prozess wird über die Internen Leistungsbeziehungen (Zeile 27 in der Produktgruppe 0210 und Zeile 28 in der Produktgruppe 0230) abgebildet. Weil es sich um die Weiterleitung von „überschießenden Erträgen“ handelt, weist der Fachbereich 30 technisch bedingt einen „negativen“ Ertrag und der Fachbereich 36 entsprechend einen „negativen“ Aufwand aus.

Feuerwehr

Operative Ziele:

Begrenzung der Durchlaufzeit von Bauanträgen und Anträgen auf Sondernutzung auf 4 Wochen

Wie lange ist die Durchlaufzeit eines Antrages im Moment?

Die Durchlaufzeit von Bauanträgen beträgt beträgt beim FB 37, Feuerwehr, derzeit durchschnittlich 41 Tage.

**Grundschulen**

Die Anzahl der Schulen mit OGS-Betreuung steigt von 21 auf 24 Schulen, die Anzahl der Betreuungspersonen von 2002 auf 2016 Schüler.

Wie kommt diese niedrige Erhöhung zustande? Welche Haushaltsauswirkung entstehen dadurch?

In diesem Schuljahr beträgt die Teilnehmerzahl im OGS 1.988 in 20 Grundschulen. Voraussichtlich werden im Schuljahr 2011/2012 22 Grundschulen als OGS geführt. Nach dem derzeitigem Stand werden in 2011 voraussichtlich ca. 2.140 Kinder am offenen Ganztage teilnehmen (Prognose von Januar 2011). Die konkreten Zahlen werden erst nach den Herbstferien 2011 vorliegen. Ingesamt ist auch für die nächsten 3 Schuljahre mit einem kontinuierlichen Anstieg der Teilnehmerzahlen zu rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen konnten die finanziellen Konsequenzen aus der Abweichung von Planzahlen im Budget des Fachbereiches aufgefangen werden. Von dieser Annahme wird auch in diesem Fall ausgegangen.

**Schulen insgesamt**

Inklusion: wie viele Schüler sind im Jahr 2009, 2010, 2011, 2012 integriert?

Wieso gibt es hier eine starke Kostensteigerung pro Schüler?

Im Schuljahr 2009/2010 wurden 114 Kinder mit besonderem Förderbedarf in Grundschulen bzw. 46 Kinder in Regelschulen der Sekundarstufe I beschult und gefördert. Für das laufende Schuljahr sind zahlreiche Verfahren noch nicht abgeschlossen, so dass die aktuellen Zahlen hierzu noch nicht vorliegen. Die Gesamtschülerzahl in Förderschulen wird sich voraussichtlich verringern

#### **Zuschüsse an Vereine**

Vorsorgeplan Pockenschutzimpfungen von 10.000 Euro

Welche Leistung werden dafür erbracht, wer kann sie nutzen?

#### **Beschluss zur Vorlage SG 68/15. TA vom 29.03.2004:**

Dem Deutschen Roten Kreuz Kreisverband Leverkusen e.V. werden Aufgaben im Rahmen der Vorsorgeplanung für Pockenschutzimpfungen in NRW übertragen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Leistungsvereinbarung abzuschließen.

Das DRK erhält hierfür finanzielle Mittel in Höhe von 10.000,00 € jährlich. Deckungsmittel für das Jahr 2004 stehen bei HHSt. 1.410.7303.6 – Hilfe zum Lebensunterhalt für Aussiedler in Übergangsheimen zur Verfügung.

#### **Schulpsychologie**

Wie viele Personalstellen hat der Schulpsychologische Dienst?

Im Schulpsychologischen Dienst/Regionale Schulberatung (als Teil der Psychologischen Familienberatungsstelle) sind insgesamt 5,5 Stellen für Diplom-Psychologen eingerichtet, davon 2,5 kommunale Stellen und 3 Stellen Land NRW. Die Verteilung der Stellen ergibt sich aus dem Kooperationsvertrag mit dem Land und ist einseitig nicht veränderbar.

#### **FB Stadtgrün mit Wildpark Reuschenberg**

Wildpark: 290.000 Euro Kosten, liegt diese Summe noch im vom Rat beschlossenen Rahmen?

Was wird außer Personalkosten davon bezahlt?

Das im Haushaltsplan veranschlagte Gesamtergebnis für den Wildpark Reuschenberg i. H. v. rd. 290.000 € liegt in dem vom Rat am 18.06.2007 beschlossenen Rahmen. Dieser umfasst insbesondere die städtische Weiterfinanzierung des eingesetzten Fachpersonals (Tierpfleger). In dem o. g. Betrag sind weiterhin betriebswirtschaftlich zu veranschlagende interne Leistungsbeziehungen i. H. v. rd. 31.000 € enthalten sowie 500 € für Dienst- und Schutzkleidung als städtischerseits zu tragende Personalnebenkosten.

Die sonstige Betriebsführung wird durch die Lebenshilfe Werkstätten bzw. deren Tochtergesellschaft INTEGRAL sowie den Förderverein des Wildparks finanziert.

**Es ist durchaus möglich, dass aufgrund aktueller personeller Veränderungen im Jahresverlauf eine weitere Reduzierung der Personalkosten erreicht werden kann.**

Im Teilergebnisplan „Friedhofs- und Bestattungswesen (Bd. 1 – Seite 412) Produktgruppe 1310 wird für das Jahr 2009 ein positives Ergebnis von Mio.€ 2,099 ausgeworfen. Warum wird ab 2010 und Folgejahre jetzt mit negativen Ergebnissen geplant? (2010 - -727.180€, 2011 - -654.775€, usw. usw.)

**Das Jahresergebnis 2009 der Produktgruppe 1310 beläuft sich auf -907.239,13 €.**

Baumpflege: „ist sichergestellt, dass durch das Aufgabenfeld von Stadtgrün (AMT 67) unter Schutz stehende Bäume gewartet bzw. gepflegt werden. Wo sind diese Kosten im HH 2011 geplant?

**Die Mittel für die Unterhaltung und Pflege von Grünanlagen sind innerhalb der Produktgruppe 1305 – Öffentliches Grün und Landschaftsbau – in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13) enthalten.**

Wo waren die Personalaufwendungen der PG Öffentliches Grün (PG 1305, S. 411) in 2009 verbucht und warum haben sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verdoppelt?

**Die Personalaufwendungen 2009 der Produktgruppe 1305 betragen 5.308.847,29 €, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2.460.175,03 €.**

Produktgruppe 1310, Friedhöfe, (S.412): Wie erklärt sich die deutliche Ergebnisverschlechterung ab 2010?

**Siehe oben stehende Erläuterung zum Jahresergebnis der Produktgruppe 1310.**

**Stadtplanung Bauaufsicht**

Produktgruppe 1005, S.311. Bauaufsicht: Warum sind hier die Personalkosten von 0 auf 1.5 Mio Euro gestiegen und verursachen damit ein Defizit von ca. einer halben Mio Euro pro Jahr?

**Auf die „generelle Vorbemerkung“ zu den Personalkosten wird verwiesen. Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die Personalaufwendungen der Produktgruppe 1005 beträgt 1.584.388,89 €.**

Produktgruppe 1010, (S.312): Warum sind die Personalkosten ab 2010 von 0 auf 200 000 und ab 2011 auf 233.000 Euro gestiegen?

**Auch hier zunächst wieder der Hinweis auf die „generelle Vorbemerkung“ zu den Personalkosten.**

**Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die Personalaufwendungen der Produktgruppe 1010 beträgt 204.750,59 €.**

Produktgruppe 0915, Grundstücksneuordnung(S.326): Warum haben sich hier die Personalkosten ab 2010 mehr als verdoppelt?

**Auch hier zunächst wieder der Hinweis auf die „generelle Vorbemerkung“ zu den Personalkosten.**

**Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die Personalaufwendungen der Produktgruppe 0915 beträgt 379.918,38 €.**

Produktgruppe 1210, ÖPNV, (S.369): Wie erklärt sich die deutliche Ergebnisverschlechterung ab 2010?

**Auch hier muss wiederum auf die „generelle Vorbemerkung“ und dabei insbesondere auf die dort genannte Seite 18 in Band 1 der Beratungsunterlagen hingewiesen werden (nur vorläufige Zahlen in der Spalte Ergebnis 2009).**

**Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die Produktgruppe 1210 (Zeile 29) beträgt -236.554,38 € und bewegt sich damit ziemlich exakt auf dem Niveau der Ergebnisse in den Planjahren 2011 bis 2014.**

Produktgruppe 0225, Großveranstaltungen (S.440): Wieso ist diese Produktgruppe erst ab 2010 vorhanden, wer hat die Leistung vorher erbracht? Warum ist das Defizit mehr als 150.000 Euro?

Warum wird für Großveranstaltungen (PG 0225, S. 440) gesondertes Personal vorgehalten?

**In der Produktgruppe 0225 werden die für die „Koordinationsstelle für Großveranstaltungen“ anfallenden Personal- und Sachaufwendungen dargestellt (Plan 2010 rd.124.000 €). Ebenso werden Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen durch andere Fachbereiche abgerechnet (Plan 2010 27.120 €). Da keine Einnahmen generiert werden ist ein Defizit i. H. v. rd. 150.000 € beplant worden. Zum Zeitpunkt des Drucks des Haushaltsplanes 2011 lag das Jahresergebnis 2009 noch nicht vor und konnte daher nicht berücksichtigt werden**

**Die Koordinationsstelle ist bereits seit Oktober 2001 im Dezernat für Bürger, Umwelt und Soziales angesiedelt. Aufgabe der Koordinationsstelle ist nicht die Durchführung von Veranstaltungen, sondern deren ordnungsbehördliche Betreuung und sicherheitstechnische Überwachung. Sie bündelt die Genehmigungsverfahren der einzelnen Ordnungsbehörden und gewährleistet die Einhaltung der Sicherheitsvorgaben.**

**Die Planung / Durchführung einer Veranstaltung und die damit in Zusammenhang stehenden Genehmigungen sind mit unterschiedlichen rechtlichen Problematiken verbunden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Love-Parade in Duisburg wird seitens der Aufsichtsbehörden verstärkt und sensibilisiert Wert auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (Sicherheitskonzept) gelegt. Durch Erlass des Ministers für Inneres und Kommunales NW (MIG) vom 11.08.2010 und der Vorgaben der**

Bezirksregierung Köln vom 24.08.2010 wird insbesondere auf die Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften bei abstimmungsbedürftigen Großveranstaltungen hingewiesen. Die in Leverkusen bereits existierende Struktur der Koordinationsstelle für Großveranstaltungen wird diesen Anforderungen gerecht und ist zur Erfüllung dieser Pflichtaufgabe unverzichtbar.

Wieso haben sich die Aufwendungen für Räumliche Planung und Entwicklung (PG 0905, S.310) seit 2009 verdoppelt?

Erneut der Hinweis auf die „generelle Vorbemerkung“. Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 für die Aufwendungen der Produktgruppe 0905 beträgt 1.890.031,54 €.

Des Weiteren sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in 2011 gegenüber 2010 gestiegen, weil Kosten für das Stadtentwicklungskonzept ebenso eingestellt sind, wie auch Gelder, die erstmalig bereits 2010 veranschlagt aber nicht ausgegeben worden sind. Diese Mittel müssen in 2011 zusätzlich neu veranschlagt werden.

Die Bauaufsicht (PG 1005, S.311) sollte ein positives Ergebnis erwirtschaften, weist aber im gesamten Planungszeitraum einen Verlust aus, warum?

Seitens der Verwaltung kann keine Aussage zu der Bewertung getroffen werden, dass „die Bauaufsicht eine positives Ergebnis erwirtschaften sollte.“

Warum steigen die Aufwendungen in der PG Grundstücksmanagement (PG 0170, S.342) um €14,6 Mio. gegenüber 2009?

Das Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Aufwendungen abzügl. Erträge – Zeile 18 Teilergebnisplan) 2009 der Produktgruppe 0170 beträgt lt. Jahresabschluss 40.465.397 €. Der Unterschied zu den Planzahlen 2010 und 2011 erklärt sich im Wesentlichen damit, dass in das Jahrsergebnis offene Aufträge nicht mit einfließen, in die Haushaltsansatzplanung aber alle beabsichtigten Auftragsvergaben mit einbezogen werden müssen. Insofern wird sich bei dieser Produktgruppe, die ein ausgesprochen hohes Auftragsvolumen hat, stets eine größere Differenz zwischen Ansatz und Ergebnis ergeben. Hinzu kommt, dass nach dem Haushaltsbegleitbeschluss der „Jamaika-plus“ Fraktionen zum Haushaltsplan 2010 und den Vorgaben der Kommunalaufsicht (= keine „Schattenhaushalte“) im konsumtiven Bereich nur in einigen wenigen Einzelfällen (z. B. bei zweckgebundenen Erträgen) noch Ermächtigungsübertragungen erfolgen dürfen, mit der Folge dass noch nicht erledigte Aufträge neu veranschlagt werden müssen. Auch dies ein maßgeblicher Grund für die Differenzen zu 2009.

Warum sind die ordentlichen Erträge (Erträge aus Konzessionen?) in Höhe von € 650.000 in der PG „Öffentliche Verkehrsflächen“ entfallen?

Es handelt sich hier nicht um Konzessionen, sondern um:

Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden (84.600 €)  
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (272.700 €)  
Erträge aus der Auflösung Einzelwertberichtigung (7.600 €)  
Andere sonstige ordentliche Erträge (294.700 €)

Die Erträge resultieren im Wesentlichen aus notwendigen Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten (z. B. Bilanzkorrekturen), müssen auch nicht zwangsläufig regelmäßig auftreten und sind kaum planbar, so dass auch keine Ansätze in den Folgejahren enthalten sind.

Warum sind die bilanziellen Abschreibungen um € 3 Mio. gestiegen (bei PG 1205)?

Zum Stichtag der NKF-Einführung und der Eröffnungsbilanz (01.01.2008) konnten naturgemäß noch nicht sämtliche Anlagegüter erfasst und bewertet sein. Dementsprechend sieht die Gemeindeordnung auch einen Übergangszeitraum von vier Jahren für Korrekturen vor. Daraus ergeben sich auch Änderungen bei den Abschreibungen. Hinzu kommen die Abschreibungen für die Neuinvestitionen.

## Band II

Straßeninstandsetzungskosten (Bd. 2 – Seite 78) geplant für 2011 Mio.€ 1,0. Ist dieser Betrag nach den jetzigen Erkenntnissen immer noch ausreichend? Muss hier nicht eine deutliche Erhöhung erfolgen?

Zuständig für die Straßenunterhaltung sind grundsätzlich die TBL AöR. Bei den noch im städt. Haushalt enthaltenen Mitteln handelt es sich um die im früheren kameralen Vermögenshaushalt veranschlagten größeren Straßeninstandsetzungen, die aber unter NKF-Gesichtspunkten nicht als aktivierungsfähig gelten. Da diese Maßnahmen nicht zusätzlich den TBL AöR angelastet werden sollen, erfolgt eine Finanzierung über den konsumtiven städt. Haushalt.

Bereitstellung schulischer Einrichtungen: Aufteilung erfolgt durch 40  
Was soll wann an welche Schulen verteilt werden?

Die Fachbereiche sind aufgefordert, Vorschläge zur Aufteilung der betreffenden Bezirksmittel mit Begründung der Notwendigkeit, Kostenangabe sowie evtl. unter Beifügung eines entsprechenden Planes zur Beratung und Entscheidung den Bezirksvertretungen bis zum 28.02.2011 vorzulegen.

Straßenbegleitgrün im Stadtgebiet: Aufteilung durch 67  
Welche Straßen sollen bepflanzt werden?

Es ist vorgesehen, die Bepflanzungsmaßnahmen im Herbst ds. Jahres durchzuführen. Wo im Einzelnen bepflanzt werden soll, wird erst im späten Frühjahr festgelegt.

Bahnübergang Alte Ruhlach:

Gelder sind etatisiert, aber wann wird der Bahnübergang tatsächlich beseitigt?

**Es ist vorgesehen in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit den Bauarbeiten zu beginnen. Fertigstellung soll bis Ende Februar 2012 erfolgen.**

08.02.11

Fachbereich Finanzen i. V. m. den jeweils betroffenen Fachbereichen

